

**Rede des  
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil  
zu TOP 87 „Bundesratsinitiative zur Aufhebung des  
Betreuungsgeldes“ (BR - Drs. 198/13)  
der 908. Sitzung des Bundesrates  
am 22.03.2013**

Redelänge 10 Minuten  
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Niedersachsen und die anderen Initiativländer beantragen, das Gesetz zur Einführung des Betreuungsgeldes zeitnah wieder aufzuheben und zwar noch, bevor es umgesetzt werden muss. Wir wollen damit einen schweren Fehler des Bundesgesetzgebers korrigieren.

Das Betreuungsgeld ist zustande gekommen

- nach einer hoch kontroversen Diskussion,
- gegen die tiefe Überzeugung einer großen Mehrheit der Bevölkerung und
- in einem mehr als merkwürdigen Verfahren. (Sie erinnern sich, es gab eine Art Kuhhandel, die Mehrheit für das Gesetz innerhalb der Bundesregierung wurde durch die Abschaffung der Praxisgebühr gesichert.)

Mit unserer Initiative wollen wir die Möglichkeit eröffnen, eine gravierende Fehlentscheidung wieder aufzuheben.

Das Betreuungsgeld ist ein verfehltes Instrument. Es setzt bildungs-, integrations-, und gleichstellungspolitisch falsche Anreize!

Ab 1. August 2013 soll zunächst 100 Euro monatlich, ab 1. August 2014 dann 150 Euro im Monat an Eltern gezahlt werden, die ihre kleinen Kinder nicht in eine staatlich geförderte Kita geben. Die Gesamtkosten des Betreuungsgelds werden von Befürwortern auf 1,2 Milliarden Euro geschätzt. Kritiker gehen von einem wesentlich höheren Aufwand aus. Selten sollten staatliche Gelder in einer so eklatanten Weise fehlinvestiert werden wie mit dem Betreuungsgeld!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist uns doch allen bewusst: Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel zu einem lebenslangen Lernerfolg. Alle Kinder sollen die gleichen Bildungschancen bekommen - unabhängig von familiärer Herkunft und sozialem Umfeld! Gerade bei Kindern mit weniger günstigen Startbedingungen kann eine frühe und hochwertige Förderung Defizite ausgleichen.

Mit dem Betreuungsgeld aber wird der Anreiz geschaffen, dass gerade Familien aus schwierigeren sozialen Verhältnissen auf die frühe und qualitativ hochwertige Förderung ihrer Kinder in der Kita und in der Kindertagespflege verzichten und stattdessen die monatliche Aufstockung ihres Haushaltsgeldes um die 100 bzw. 150 Euro beantragen. Das kann man Eltern, die mit für uns alle schwer vorstellbar wenig Geld im Monat auskommen müssen, auch gar nicht verübeln. Ihre Kinder aber werden von der Teilhabe an frühkindlicher Bildung ferngehalten.

Frühe Förderung in Kitas und der dortige Erwerb der deutschen Sprache ist von erheblicher Bedeutung. Diese Familien und ihre Kinder drohen immer tiefer in dem Teufelskreis von Armut und Perspektivlosigkeit zu versinken. Die über Jahre geförderten Verbesserungen der Qualität im Bereich der frühkindlichen Bildung werden mit dem Betreuungsgeld ad absurdum geführt.

Das Betreuungsgeld ist nicht nur für die betroffenen Kinder fatal, sondern auch für die durch den Verbleib der Kinder zu Hause gebundenen Frauen. Wenn sie auf eine frühere Rückkehr in den Beruf verzichten, erschweren sie langfristig eine eigene wirtschaftliche Existenz und eine eigenständige Alterssicherung. Dies verfestigt nicht nur überholte Rollenvorstellungen über die Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit, sondern widerspricht auch gleichstellungs- und familienpolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahre. Mit der Einführung des Elterngeldgesetzes und der Reform des Unterhaltsrechts sind Anreize zur partnerschaftlichen Kinderbetreuung und gerade auch zu einem frühen Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit gesetzt worden.

Die erheblichen Haushaltsmittel, die das Betreuungsgeld erfordert, wollen wir stattdessen für einen weiteren Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten für unter dreijährige Kinder nutzen. Nur bei einem bedarfdeckenden, guten Angebot an Kindertageseinrichtungen, besteht echte Wahlfreiheit zwischen Kita und Betreuung zuhause. Das ist moderne Familienpolitik!

Es gibt eine große Skepsis gegenüber dem Betreuungsgeld in der Bevölkerung. Eine deutliche Mehrheit der Menschen lehnt diese staatliche Leistung ab.

Wir brauchen bessere Ideen, um die Anerkennung von Erziehungsleistungen zu fördern. Wir müssen uns intensiv mit der Situation von Eltern beschäftigen und für alle Lebensphasen flexible Unterstützungsangebote entwickeln. Mütter und Väter müssen ihre Berufstätigkeit und ihr Familienleben so miteinander in Einklang bringen können, wie es für sie notwendig ist und wie sie es sich vorstellen. Beruf und ein Leben mit Kindern sind Bestandteile der Lebensplanung vieler junger Frauen und Männer. Dafür benötigen diese Eltern eine ausreichende Zahl von Plätzen in den Kindertageseinrichtungen oder in der Tagespflege.

Anrede

Aus diesen Gründen wollen wir das Betreuungsgeldgesetz noch vor seinem für den 1. August geplanten In-Kraft-Treten wieder aufheben. Noch ist es nicht zu spät, dieses Gesetz sollte nie in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Die freiwerdenden Mittel sollten wir in die Betreuungsinfrastruktur von Kleinkindern investieren. Das ist der Weg, Familienpolitik wirkungsvoll zu gestalten. Wir laden alle herzlich ein, ihn mit uns zu gehen

Herzlichen Dank.